infratest dimap

April 2015

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

© Infratest dimap, Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

infratest dimap

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage 1

Zusammenfassung 2

Nach dem Flugzeug-Absturz: Nur Minderheit macht sich mehr Sorgen beim Fliegen 3

Nach dem Flugzeug-Absturz: „2-Personen-Regel“ im Cockpit findet große Zustimmung 5

Vertrauen in Reformwillen der griechischen Regierung deutlich gesunken .. 6

Wenig Vertrauen in Griechenland und Russland als Partner für Deutschland 7

Anhaltend hohe Regierungszufriedenheit 8

Kritik an der Leistung der CSU in der Regierung 9

Politikerbewertung: Steinmeier und Merkel als Spitzenduo 11

Sonntagsfrage: Sehr stabile politische Stimmung 13

Papst Franziskus genießt großen Rückhalt in Deutschland 15

Nur eine Minderheit glaubt an Reform der katholischen Kirche durch Papst Franziskus 17

infratest dimap

ARD – DeutschlandTREND April 2015

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.001 Befragte Sonntagsfrage: 1.501 Befragte	
Erhebungszeitraum	30. bis 31. März 2015 Sonntagsfrage: 30. März bis 1. April 2015	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer	030 53322-113
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Der Absturz des Germanwings-Flugzeugs war in den letzten Tagen das alles beherrschende Thema. Die Auswirkungen auf das individuelle Sicherheitsgefühl beim Fliegen sind allerdings eher gering: Lediglich jeder sechste Flugreisende (17 Prozent) sieht in dem Unglück Anlass, sich mehr Gedanken um die Sicherheit beim Fliegen zu machen, 81 Prozent machen sich keine größeren Sorgen. Neun von zehn Flugreisenden (89 Prozent) wollen das Verkehrsmittel Flugzeug nutzen wie bisher. Lediglich 9 Prozent der Flugreisenden erklären, sie würden in nächster Zeit nicht mit dem Flugzeug fliegen. Kaum jemand (1 Prozent) will ganz darauf verzichten. In der nun eingeführten „2-Personen-Regel" im Cockpit sieht die weit überwiegende Mehrheit von 83 Prozent der Bevölkerung eine sinnvolle Maßnahme zu Erhöhung der Flugsicherheit.

Die griechische Regierung hat in den letzten Wochen widersprüchliche Signale an die Europäische Union und ihre anderen Geldgeber gesendet. Vor diesem Hintergrund zeigt die deutsche Bevölkerung immer weniger Vertrauen in den Reformwillen der griechischen Regierung: Lediglich 17 Prozent glauben, Ministerpräsident Tsipras und sein Kabinett seien in der Lage, die zugesagten Vorhaben, zum Beispiel bei der Bekämpfung von Korruption und Steuerhinterziehung, auch umzusetzen – minus 8 Prozentpunkte binnen Monatsfrist. Vier von fünf Bürgern (79 Prozent, +8) trauen der griechischen Regierung keine Fortschritte bei der Umsetzung von Reformen zu.

Die Arbeit der Bundesregierung trifft auf ein konstant positives Urteil in der Bevölkerung: 56 Prozent sind mit der Leistung der Großen Koalition zufrieden. Die Leistungen der CDU (56 Prozent, +7 gegenüber Mai 2014) und der Sozialdemokraten (52 Prozent, +4) werden überwiegend positiv beurteilt. Deutliche Kritik verbindet sich wie im Vorjahr mit der Rolle der CSU in der Regierung, deren Wirken lediglich 28 Prozent (-1) als zufriedenstellend bewerten. Die Sicht der CDU-Anhänger auf die Schwesterpartei CSU ist skeptisch: Lediglich 40 Prozent sind mit der CSU zufrieden. Damit schneidet die CSU aus Sicht der christdemokratischen Anhänger sogar etwas schlechter ab als die SPD (44 Prozent).

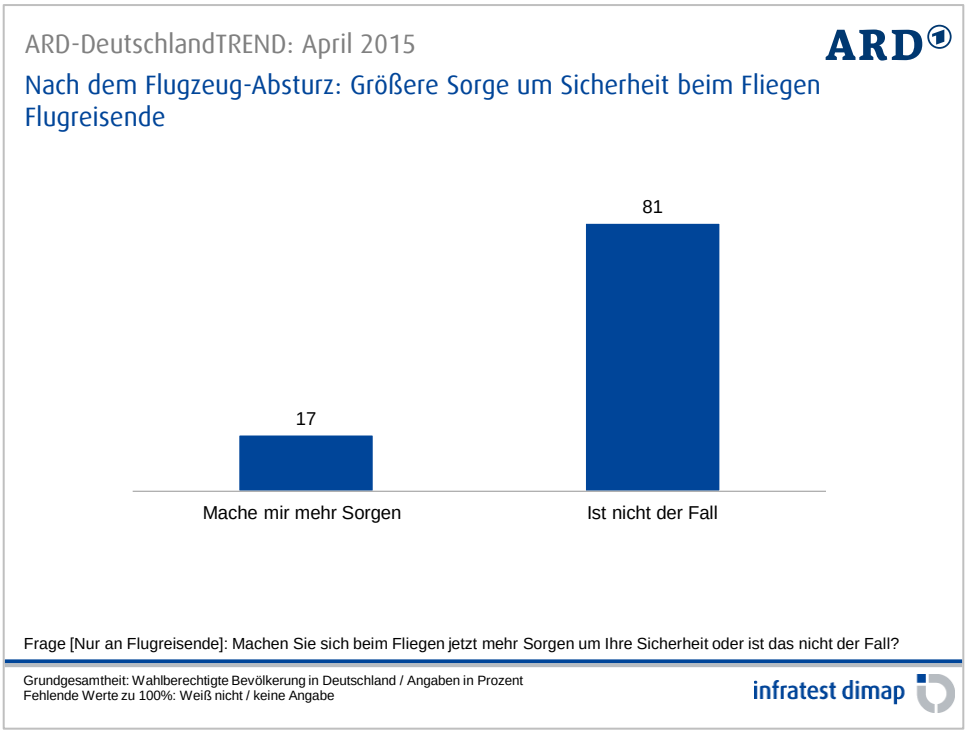
Sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel (75 Prozent, +5 Punkt im Vergleich zum März) als auch SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier (75 Prozent, +3) bauen ihre Reputation in der Bevölkerung weiter aus. Demgegenüber weisen die beiden CSU-Politiker Horst Seehofer (30 Prozent, -2) und Verkehrsminister Alexander Dobrindt (21 Prozent, +2) die niedrigsten Zufriedenheitswerte der aktuell abgefragten Regierungsvertreter auf.

Die bundespolitische Stimmung ist derzeit sehr stabil, das Kräfteverhältnis der Parteien wie im Vormonat. Für die Union würden sich 41 Prozent entscheiden. Die Sozialdemokraten könnten 25 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die Grünen lägen mit 10 Prozent vor der Linken mit 9 Prozent. Die AfD käme auf einen Stimmenanteil von 6 Prozent, während die FDP mit 4 Prozent unterhalb der Mandatsschwelle bliebe.

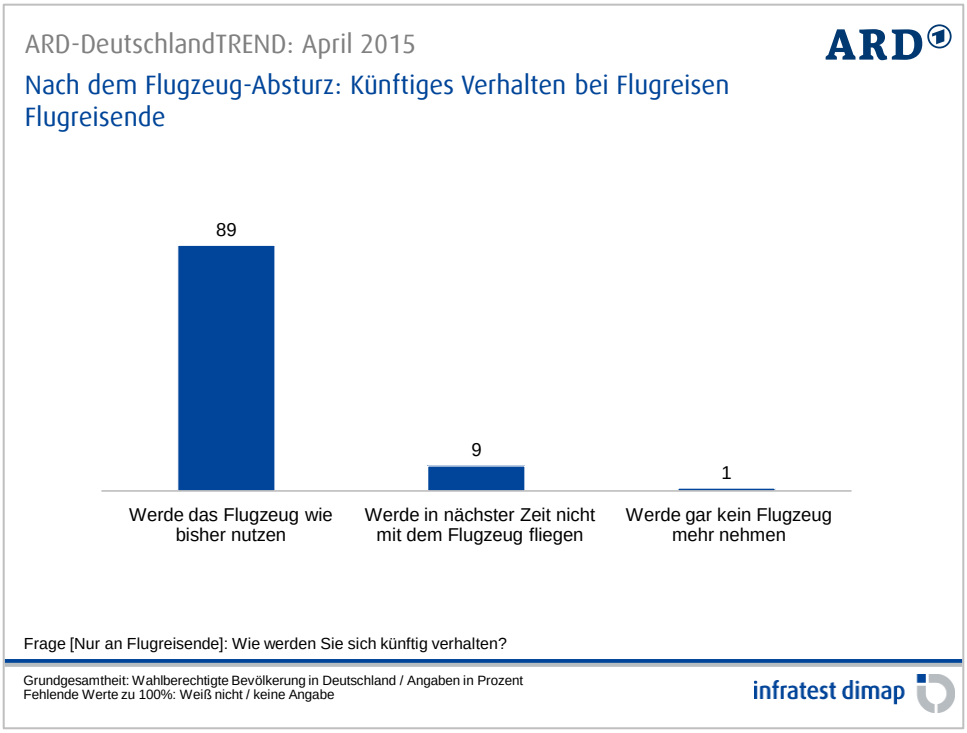
Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND April 2015, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

Nach dem Flugzeug-Absturz: Nur Minderheit macht sich mehr Sorgen beim Fliegen

Der Absturz des Germanwings-Airbus in Südfrankreich war in dieser Woche das alles beherrschende Thema. Die Auswirkungen auf das individuelle Sicherheitsgefühl beim Fliegen sind allerdings eher gering: 81 Prozent der Flugreisenden machen sich keine größeren Sorgen als zuvor. Lediglich jeder sechste Flugreisende (17 Prozent) sieht in dem Unglück Anlass, sich mehr Gedanken um die Sicherheit beim Fliegen zu machen.

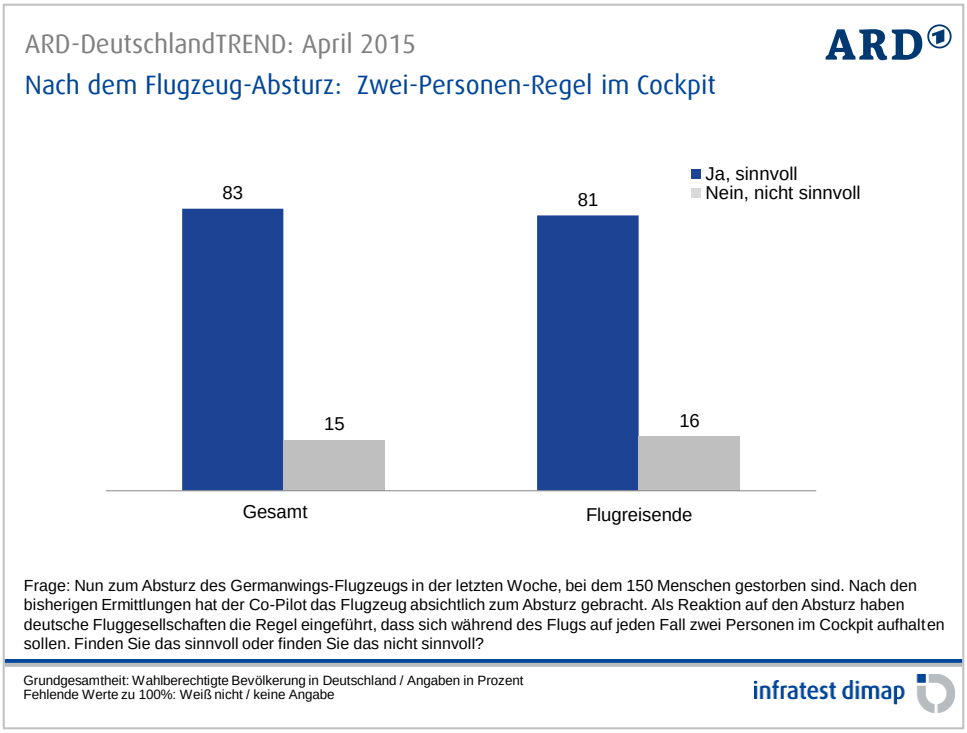


Folgerichtig sieht auch die Mehrzahl keine Veranlassung, ihr Flugverhalten zu ändern. Lediglich 9 Prozent der Flugreisenden erklären, sie würden in nächster Zeit nicht mit dem Flugzeug fliegen. Kaum jemand (1 Prozent) will ganz darauf verzichten. Neun von zehn Flugreisenden (89 Prozent) wollen hingegen nach eigenem Bekunden das Verkehrsmittel Flugzeug nutzen wie bisher.



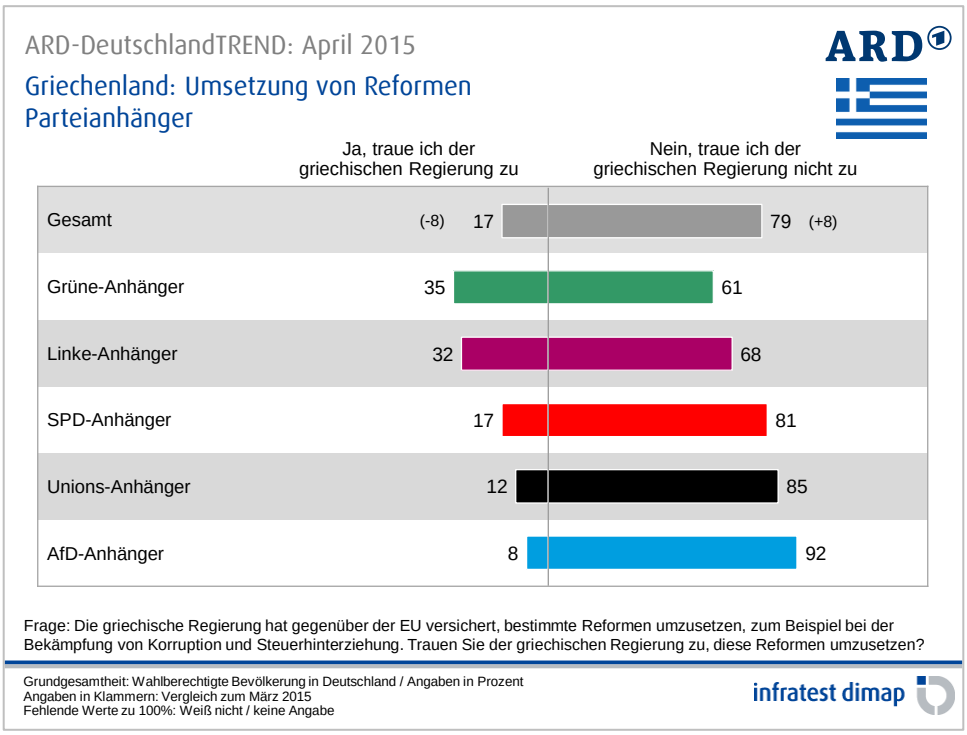
Nach dem Flugzeug-Absturz: „2-Personen-Regel“ im Cockpit findet große Zustimmung

Als Konsequenz aus dem Absturz wurde die sogenannte „2-Personen-Regel“ eingeführt, nach der sich neben einem der Piloten immer eine weitere Person im Cockpit aufhalten muss. Darin sieht die weit überwiegende Mehrheit von 83 Prozent der Bevölkerung eine sinnvolle Maßnahme zu Erhöhung der Flugsicherheit. Lediglich 15 Prozent halten diese Regel nicht für sinnvoll. Auch bei den Flugreisenden finden diese Maßnahme ähnlich große Zustimmung (81 Prozent).



Vertrauen in Reformwillen der griechischen Regierung deutlich gesunken

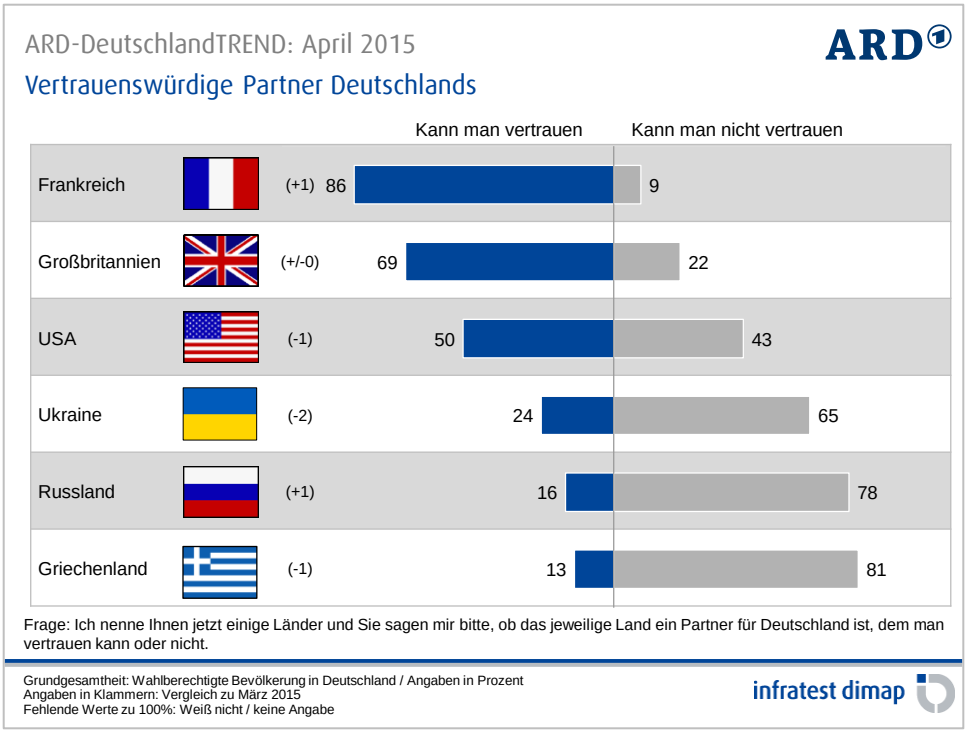
Die griechische Regierung hat in den letzten Wochen widersprüchliche Signale an die Europäische Union und die anderen Geldgeber gesendet. Berichte über Liquiditätsprobleme des griechischen Staates sorgten für Irritationen, die versprochene Liste der geplanten Reformen liegt, entgegen mehrfacher Ankündigungen, noch nicht abschließend vor. Hinzu kommt ein Liebäugeln mit Russland als Finanzinvestor. Unter diesen Vorzeichen verwundert es nicht, dass die Bevölkerung hierzulande kaum noch Vertrauen in die Reformanstrengungen der griechischen Regierung zeigt: Lediglich 17 Prozent glauben, Ministerpräsident Tsipras und sein Kabinett seien willens und in der Lage, die zugesagten Vorhaben, zum Beispiel bei der Bekämpfung von Korruption und Steuerhinterziehung, auch umzusetzen. Binnen Monatsfrist bedeutet dies einen Rückgang von 8 Prozentpunkten. Im gleichen Umfang ist das Misstrauen angestiegen: Vier von fünf Bürgern (79 Prozent, +8) trauen der griechischen Regierung keine Fortschritte bei der Umsetzung von Reformen zu.



Innerhalb der Parteianhängerschaften hat sich das Meinungsbild vor allem bei Linken und Grünen massiv verschoben. Waren deren Anhänger im März noch mehrheitlich der Auffassung, dass die Syriza-Regierung die Reformen anpacken wird, ist aktuell eine Mehrheit der Grünen- und Linke-Anhänger skeptisch.

Wenig Vertrauen in Griechenland und Russland als Partner für Deutschland

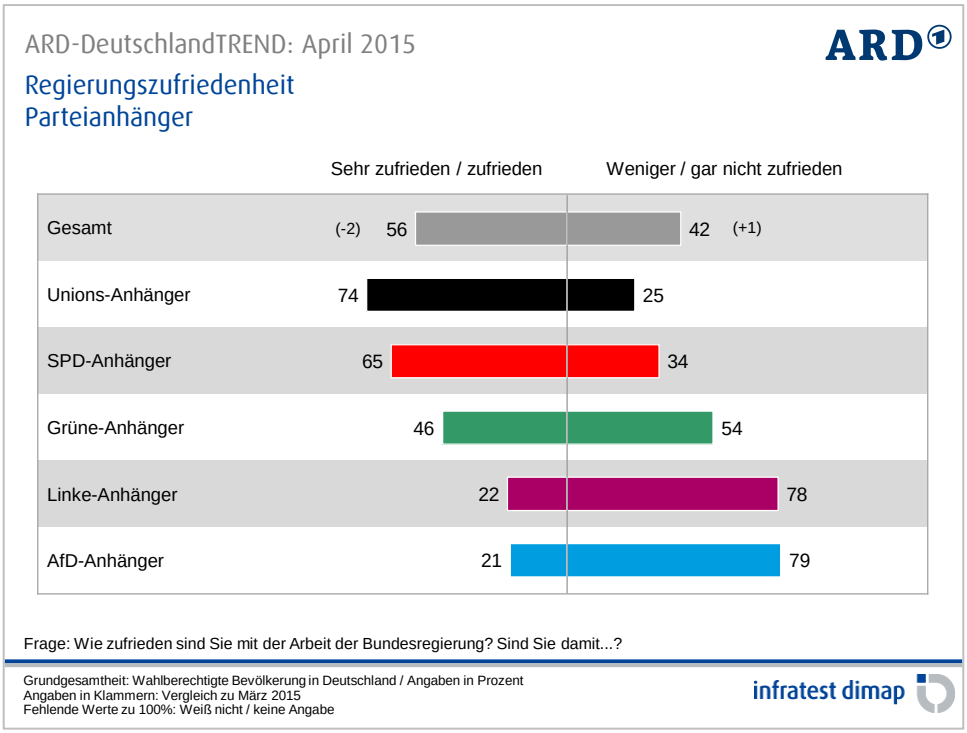
Unter den Partnerländern der Bundesrepublik Deutschland genießt Frankreich das mit Abstand höchste Vertrauen. In dem Nachbarn westlich des Rheins sehen 86 Prozent der Bevölkerung einen verlässlichen Mitstreiter. Sieben von zehn Bürgern (69 Prozent) bezeichnen Großbritannien als ein Land, auf das man sich verlassen kann. Deutlich schlechter ist es nach wie vor um das Ansehen der Vereinigten Staaten bestellt, die von 50 Prozent für vertrauenswürdig gehalten werden.



Überwiegend misstrauisch stehen die Bundesbürger der Ukraine gegenüber. Lediglich 24 Prozent halten das Land für einen vertrauenswürdigen Partner, zwei Drittel (65 Prozent) sind gegenteiliger Meinung. Russland genießt in der Bevölkerung hierzulande noch weniger Vertrauen (16:78 Prozent). Lediglich 13 Prozent der Deutschen sind der Auffassung, dass Griechenland ein verlässlicher Partner für Deutschland ist – 81 Prozent sind nicht dieser Meinung.

Anhaltend hohe Regierungszufriedenheit

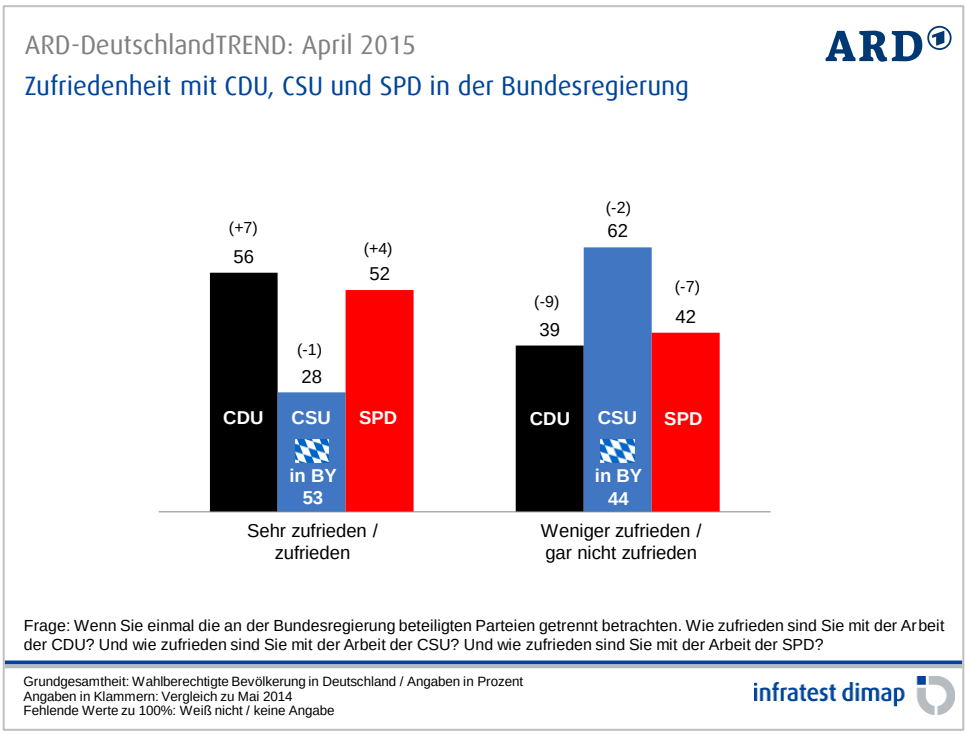
Die Arbeit der Bundesregierung trifft auf ein konstant positives Urteil in der Bevölkerung. Eine Mehrheit von 56 Prozent (-2 im Vergleich zum Vormonat) ist mit der Leistung der Großen Koalition sehr zufrieden (2 Prozent) oder zufrieden (54 Prozent). Vier von zehn Bürgern (42 Prozent) üben hingegen Kritik an Schwarz-Rot.



Mehrheitlich lobend äußern sich die Anhänger der Regierungsparteien, wobei die Zufriedenheit der Unions-Anhänger (74 Prozent) etwas stärker ausgeprägt ist als die der SPD-Anhänger (65 Prozent). Im Reihen der Grünen überwiegt die Kritik (54 Prozent), deutlich unzufrieden sind die Anhänger der Linken (78 Prozent) und der AfD (79 Prozent).

Kritik an der Leistung der CSU in der Regierung

Die anhaltend hohe Zufriedenheit mit der Bundesregierung ist insbesondere auf das Regierungshandeln von CDU und SPD zurückzuführen. Mit der Leistung der CDU sind derzeit 56 Prozent der Bürger zufrieden – ein Plus von 7 Punkten gegenüber Mai letzten Jahres. Auch die Sozialdemokraten konnten im vergangenen Jahr mehr Bürger von Ihrer Arbeit überzeugen und werden von aktuell gut der Hälfte wohlwollend bewertet (52 Prozent, +4). Deutliche Kritik verbindet sich jedoch wie im Vorjahr mit der Rolle der CSU in der Regierung. Die Arbeit der bayerischen Unions-Partei bewerten knapp drei von zehn Wahlberechtigten (28 Prozent, -1) als zufriedenstellend, mehrheitlich (62 Prozent, -2) üben die Bürger jedoch Kritik.
Tröstlich für die CSU dürfte sein, dass sie in Bayern größeren Rückhalt bekommt als bundesweit: 53 Prozent der Bürger in Bayern äußern sich lobend über die CSU in der Bundesregierung. 44 Prozent äußern sich aber auch im südlichsten Bundesland kritisch.



Die Leistung der Christsozialen wird damit in der Großen Koalition als deutlich schwächer als in der schwarz-gelben Vorgängerregierung beurteilt, als die Bilanz der Christsozialen noch relativ ausgeglichen ausfiel (43:46 Prozent).[1]

[1] Quelle: Deutschland vor der Bundestagswahl 2013 vom September 2013.

Ein Blick in die Anhängerschaften der Regierungsparteien zeigt, dass jede der drei Parteien in ihren Reihen sehr große Unterstützung erfährt. Deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch in der gegenseitigen Beurteilung. Besonders bemerkenswert ist die gegenseitige Beurteilung der Unions-Schwesterparteien: Die Anhänger der Christsozialen sind zu 92 Prozent zufrieden mit der CDU und bewerten deren Arbeit damit sogar noch etwas besser als die der CSU (83 Prozent). Die Sicht der CDU-Anhänger auf die Christsozialen ist allerdings deutlich skeptischer: Lediglich 40 Prozent von ihnen sind mit der Leistung der CSU in der Großen Koalition zufrieden. Damit schneidet die CSU aus Sicht der christdemokratischen Anhänger sogar etwas schlechter ab als die SPD (44 Prozent).

ARD-DeutschlandTREND: April 2015

ARD

Zufriedenheit mit CDU, CSU und SPD in der Bundesregierung
Parteianhänger

„sehr zufrieden / zufrieden"

	CDU	CSU	SPD
CDU-Anhänger*	86	40	44
CSU-Anhänger**	92	83	42
SPD-Anhänger	50	14	89
Linke-Anhänger	22	7	49
Grüne-Anhänger	28	5	52
AfD-Anhänger	47	42	13

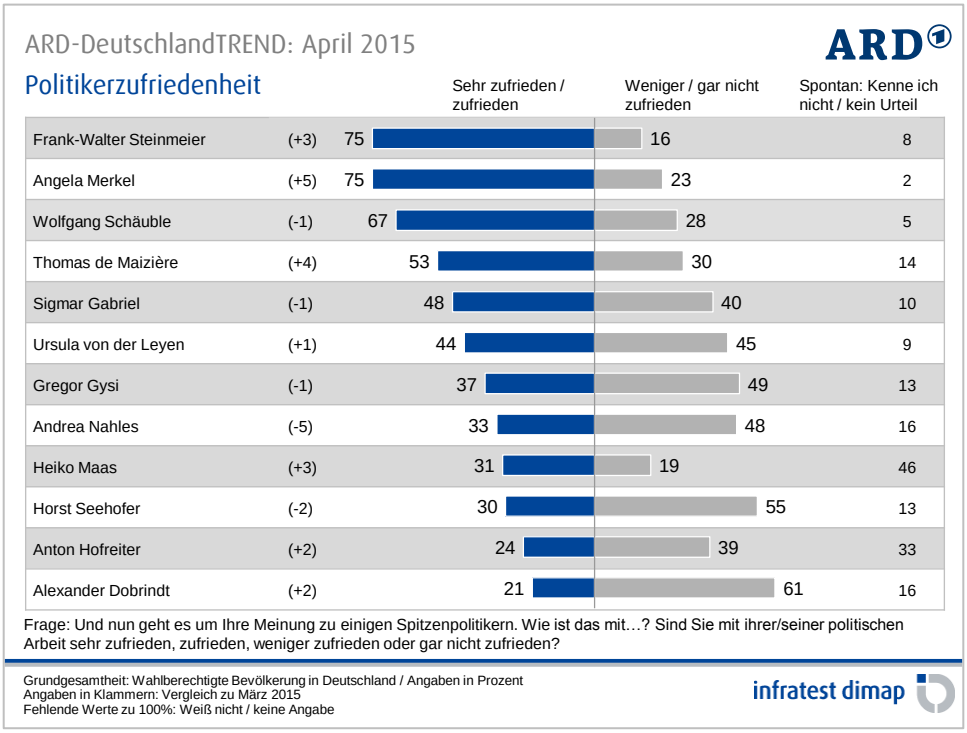
Frage: Wenn Sie einmal die an der Bundesregierung beteiligten Parteien getrennt betrachten. Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der CDU? Und wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der CSU? Und wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der SPD?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent
*außerhalb Bayerns, **in Bayern
Fehlende Werte zu 100%: weniger zufrieden / gar nicht zufrieden / weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

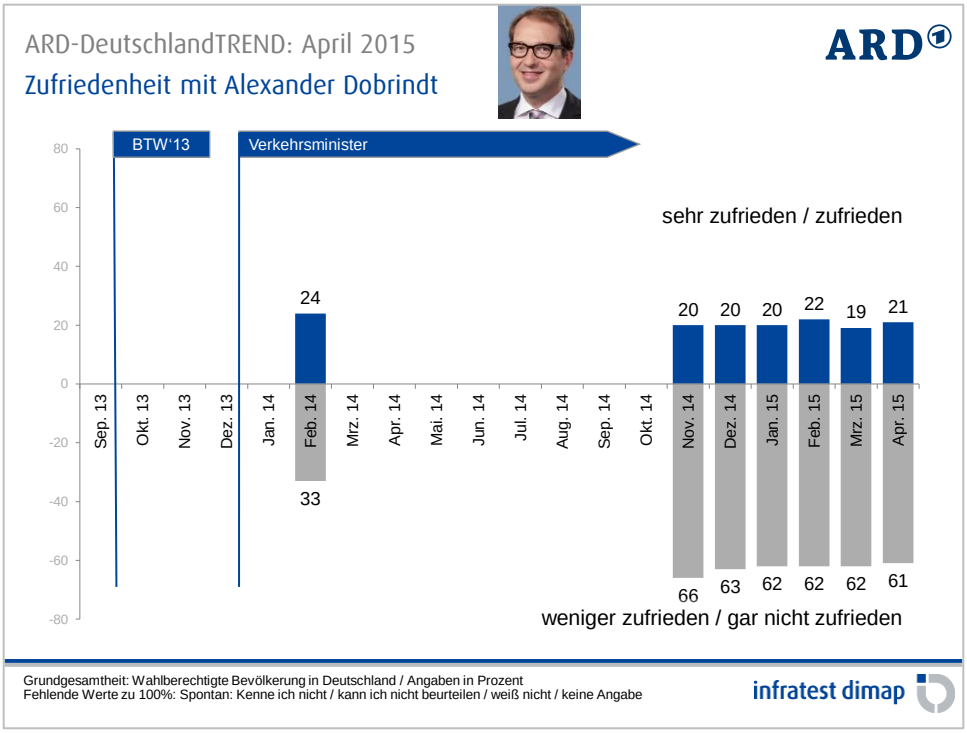
Politikerbewertung: Steinmeier und Merkel als Spitzenduo

Neben der hohen Zufriedenheit mit der Leistung der Bundesregierung bauen sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel (+5 Punkte im Vergleich zum März) als auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier (+3) ihre Reputation in der Bevölkerung weiter aus. Mit der Arbeit der beiden wichtigsten außenpolitischen Akteure der Bundesregierung sind im April jeweils drei Viertel der Deutschen (75 Prozent) sehr zufrieden bzw. zufrieden. Für die Kanzlerin ist dies der beste Wert seit Oktober 2007, der Sozialdemokrat erreicht erneut seinen Rekordwert vom Mai letzten Jahres. Finanzminister Wolfgang Schäuble erreicht nahezu unverändert 67 Prozent (-1) und bleibt auf Platz 3 der Politikerrangliste.



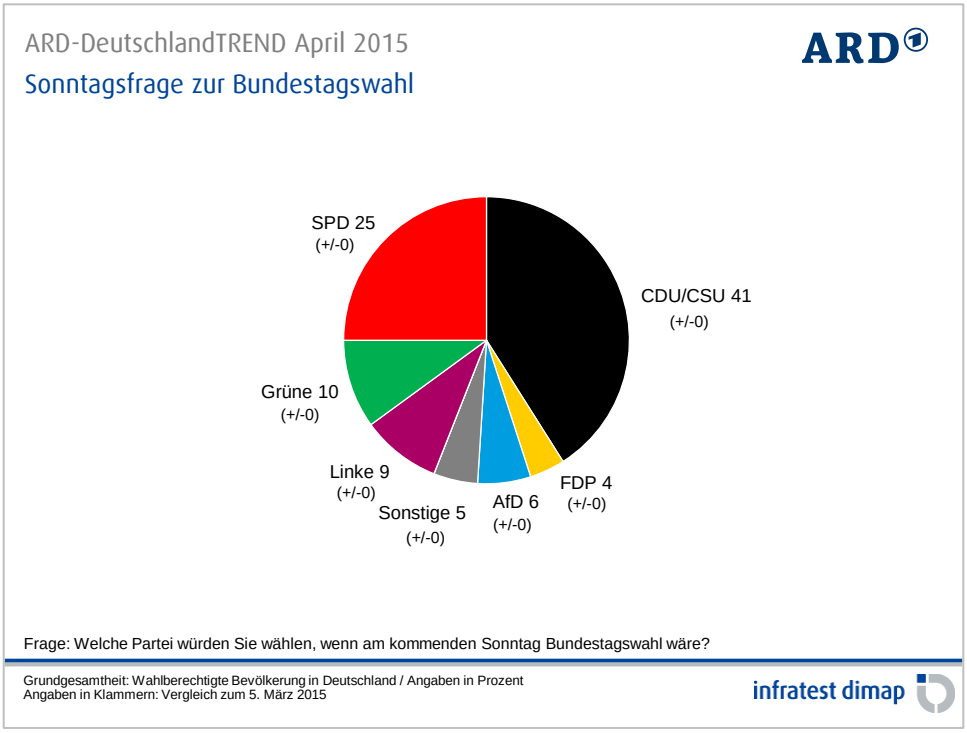
Das Mittelfeld wird angeführt von CDU-Innenminister Thomas de Maizière, der seinen Rückhalt in der Bevölkerung um 4 Punkte auf 53 Prozent ausbaut. Seine Kabinettskollegen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen halten ihre Zustimmungsrate relativ stabil, während Arbeitsministerin Andrea Nahles 5 Punkte verliert und nur noch von 33 Prozent der Bürger wohlwollend beurteilt wird. Dies ist der schlechteste Wert der SPD-Frau, seit sie das Ministeramt übernommen hat. Justizminister Heiko Maas bekommt von einem knappen Drittel (31 Prozent, +3) gute Noten, mit dem Namen des SPD-Politikers kann jedoch fast jeder Zweite nichts anfangen. Von den abgefragten Ressortchefs schneidet der christsoziale Verkehrsminister aus Bayern erneut am schlechtesten ab: Trotz leichter Verbesserung ist nur ein Fünftel (21 Prozent, +2) mit der politischen Arbeit von Alexander Dobrindt einverstanden. Kein anderer der in diesem Monat abgefragten Politiker zieht mehr kritische Stimmen auf sich. Dobrindts Parteichef Horst Seehofer erhält von 30 Prozent (-2) gute Noten.

Der Fraktionsvorsitzende der Linken verfügt weiterhin über deutlich größeren Rückhalt als der Fraktionschef der Grünen. Mit Gregor Gysis Arbeit sind 37 Prozent (-1) aller Wahlberechtigten einverstanden, mit der von Anton Hofreiter lediglich 24 Prozent (+2).



Sonntagsfrage: Sehr stabile politische Stimmung

Die bundespolitische Stimmung ist derzeit sehr stabil, das Kräfteverhältnis der Parteien wie im Vormonat. Wenn die Wahlberechtigen bereits am nächsten Sonntag die Zusammensetzung des Bundestag neu bestimmen könnten, würden sich 41 Prozent für die Union entscheiden. Die Sozialdemokraten könnten 25 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die Grünen lägen mit 10 Prozent vor der Linken mit 9 Prozent. Die AfD käme auf einen Stimmenanteil von 6 Prozent, während die FDP mit 4 Prozent unterhalb der Mandatsschwelle bliebe. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf einen Wähleranteil von 5 Prozent.

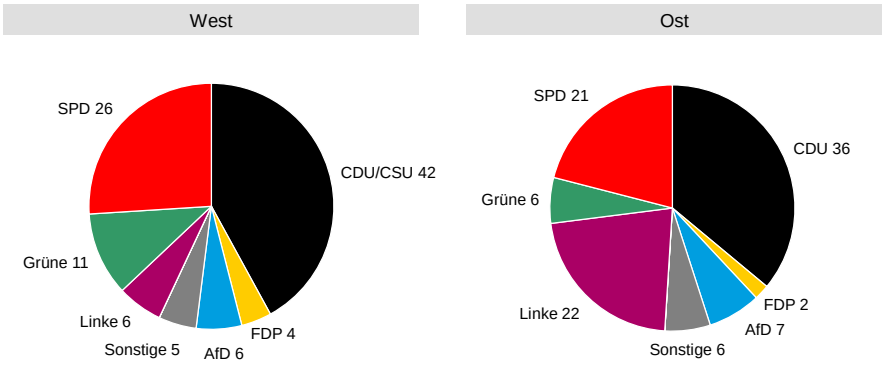


Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND April 2015

Sonntagsfrage zur Bundestagswahl in West- und Ostdeutschland

ARD



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

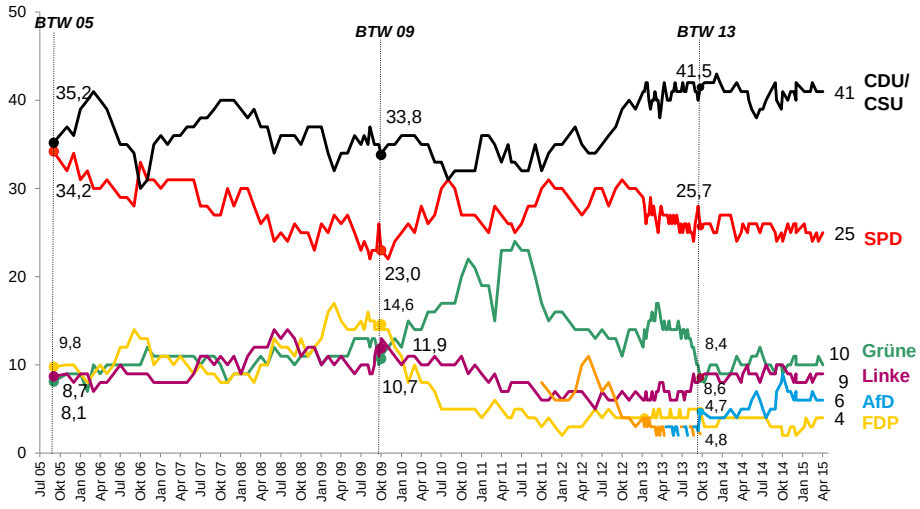
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent

infratest dimap

ARD-DeutschlandTREND April 2015

Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf

ARD



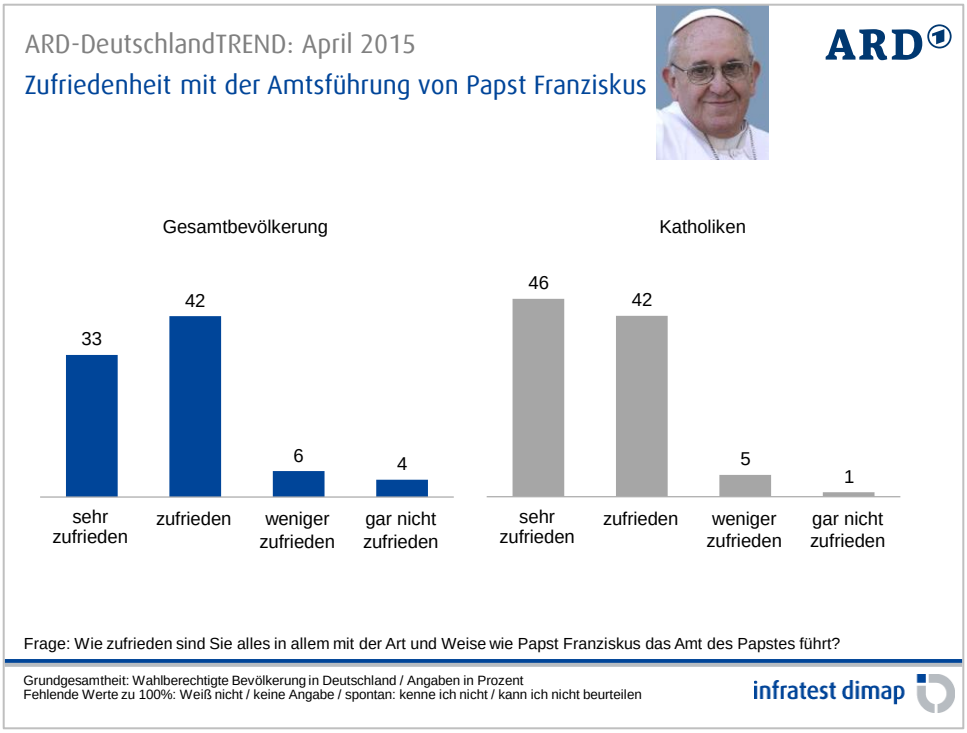
Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent

infratest dimap

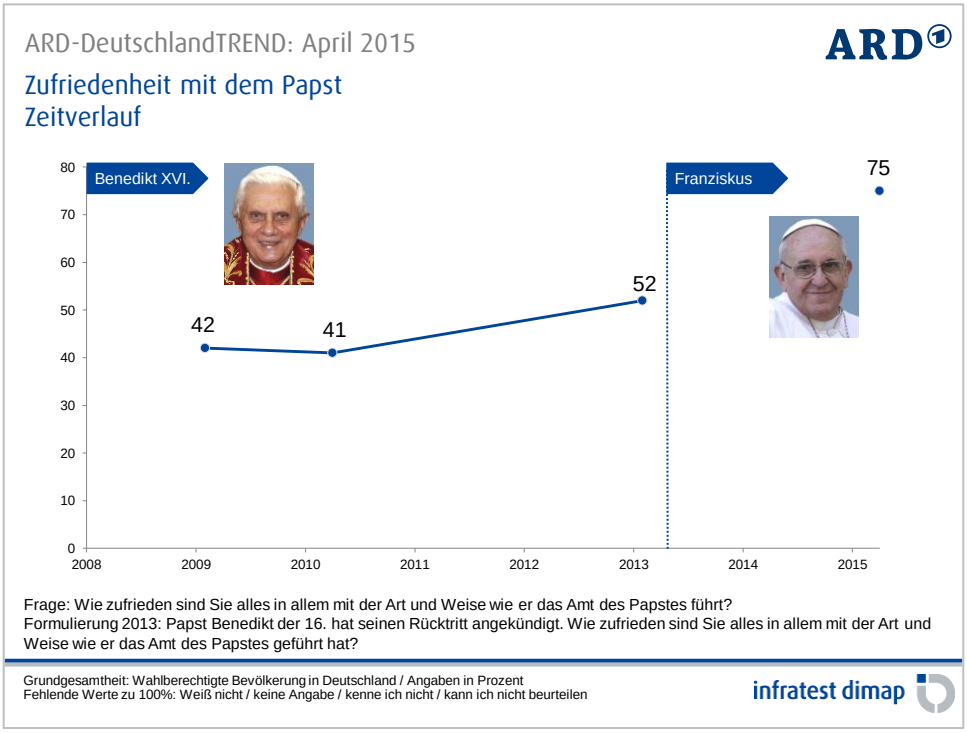
Papst Franziskus genießt großen Rückhalt in Deutschland

Der seit rund zwei Jahren amtierende Papst Franziskus verfügt über großen Rückhalt in der deutschen Bevölkerung: Mit seiner Amtsführung sind drei Viertel der Bürger sehr zufrieden (33 Prozent) bzw. zufrieden (42 Prozent). Lediglich jeder Zehnte (10 Prozent) äußert sich kritisch über die Amtsführung des ersten amerikanischen Papstes. Weitere 15 Prozent trauen sich in dieser Frage kein Urteil zu.



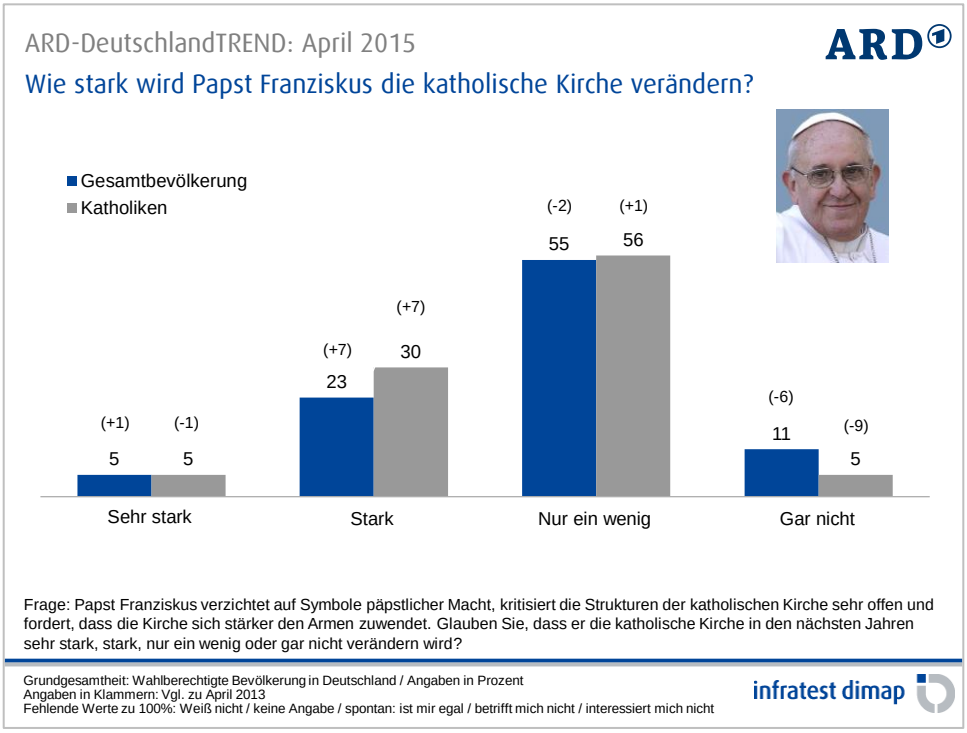
Die Katholiken äußern sich noch wohlwollender über das Oberhaupt ihrer Kirche als die Gesamtbevölkerung: 88 Prozent urteilen positiv über Franziskus. Aber auch in allen anderen Bevölkerungsgruppen bekommt der Jesuit mehrheitlich positive Resonanz.

Im Vergleich mit seinem Amtsvorgänger, dem Deutschen Benedikt XVI., schneidet der Papst aus Argentinien deutlich besser ab: Mit Benedikts Wirken waren nach seiner Rücktrittsankündigung 52 Prozent der Deutschen zufrieden.



Nur eine Minderheit glaubt an Reform der katholischen Kirche durch Papst Franziskus

Trotz der positiven Wahrnehmung des Papstes, beurteilen die Deutschen die Reformkraft des Kirchenoberhaupts zurückhaltend. Nur knapp drei von zehn Bürgern vertreten die Meinung, dass der Argentinier die katholische Kirche in den nächsten Jahren sehr stark (5 Prozent) bzw. stark (23 Prozent) verändern wird. Bei der katholischen Bevölkerung sind 35 Prozent dieser Auffassung. Eine Mehrheit aller Deutschen (55 Prozent) glaubt jedoch, dass Franziskus die Kurie nur geringfügig reformieren wird. Jeder Zehnte (11 Prozent) ist der Überzeugung, dass Papst Franziskus die römisch-katholische Kirche gar nicht verändern könne.



Im Vergleich zum ARD-DeutschlandTREND kurz nach seiner Wahl ist die Zuversicht in die Durchsetzungsfähigkeit des Papstes dennoch gestiegen. Vor zwei Jahren war lediglich ein Fünftel (20 Prozent) der Meinung, Franziskus würde die katholische Kurie substanziell verändern. Auch in der katholischen Bevölkerung ist der Anteil derer, die der Meinung sind, dass Franziskus die Kirche verändern wird, größer geworden (+6 Punkte). Gleichwohl ist auch bei den Katholiken weiterhin eine Mehrheit der Auffassung, dass er die größte Kirche des Christentums nur wenig (56 Prozent) oder gar nicht (5 Prozent) umformen wird.

--
Richard Hilmer / Reinhard Schlinkert